

Folgen der Sanktionen gegen den Iran

Omid Rezaee

Es ist nicht mal eine Woche her, dass laut Amnesty International mindestens 208 Menschen im Iran ums Leben gekommen sind, weil sie ihre Unzufriedenheit ausgedrückt haben. Laut Berichten anderer unabhängigen Medien waren es über 500 Leute. Während wir hier reden, sitzen über zehn tausend Iraner und Iranerinnen in Untersuchungshaft oder im Gefängnis. Was sie zu erwarten haben, wissen wir aus der Erfahrung: Die Sicherheitskräfte werden sie foltern, um sie dazu zu zwingen, vor der Kamera gegen sich selbst Geständnisse abzulegen. Ausländische Mächte und oppositionelle Gruppen hätten sie bezahlt oder vorgeschickt, auf die Straße zu kommen, wird es bald im Staatsfernsehen heißen.

Was letzte Woche im Iran passiert ist, hat zwar in jüngster Zeit ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht, doch an sich ist es nichts neues. Bis auf einen aber ganz wichtigen Punkt: und zwar der beispiellose, landesweite Internet-Shutdown. Laut Internet-Monitoring-Organisationen hatte es bisher nirgendwo diese Art von umfassendem Internet-Blackout gegeben. Und nun weiß jeder, warum die Regierung diese Unterbrechung unternommen hat: Damit niemand im Ausland von der tatsächlichen Dimension der Ereignisse im Iran etwas mitkriegt. Mindestens nicht so schnell.

Der fehlende Kontakt mit der Außenwelt ist genau das, was dem Regime diese fürchterlichen Übergriffe ermöglicht, oder zumindest erleichtert hat.

An der Stelle will ich behaupten, dass dieser Shutdown ohne amerikanische Sanktionen nicht möglich gewesen wäre, nicht mit der Reichweite und nicht für so eine lange Zeit, etwa eine Woche.

Denn aus ökonomischen Sicht war es für das Land möglich, weil der Shutdown die Wirtschaft nicht beeinträchtigt hat. Oder diese Beeinträchtigung war zu klein, um die Wirtschaft zu schädigen. Dies liegt daran, dass das Ministerium für Informations- und Kommunikationstechnologie, das übrigens von den Iraner und Iranerinnen gerne Ministerium für Unterbrechung der Kommunikation genannt wird, es geschafft hat, ein nationales Netzwerk aufzubauen, wodurch die Verbindung zwischen den Banken und anderen wichtigen Wirtschaftsinstitutionen beibehalten wurde. Auch die privat scheinenden Firmen und Start-ups konnten während des Shutdown durchgehend weiter arbeiten. Seit Jahren versucht dieses Ministerium, die Techkonzere und Start-ups zu überzeugen, ihre zentralen Server im Land zu installieren. Es hat aber erst geklappt, als die USA es den internationalen Anbietern

verboten haben, mit den Iranern zusammen zu arbeiten. Da blieb der Techszene nichts anderes übrig, als ihre Plattformen auf Server innerhalb des Landes zu verlegen. So haben die iranische Varianten von Amazon und Ebay-Kleinanzeigen sowie die größte Flugticket-Anbieter des Landes noch Geschäft gemacht, während über fünf und neunzig Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zur globalen Welt hatte. Blickt man auf die Protestwelle Ende 2017 zurück, sieht man, dass die Internetunterbrechung damals nur einige Stunden andauerte, weil die Wirtschaft die Schäden nicht durchgehalten hätte.

Um die Sache deutlich zu machen: Verantwortlich für den Tod all dieser unschuldigen Menschen ist ohne Zweifel derjenige, der dieses Verbrechen begangen hat, nämlich die Islamische Republik. Doch ohne vorläufige Trennung des Landes von der Welt, die nur anhand der Internetunterbrechung für das Regime möglich war, wäre dieses Verbrechen viel schwieriger auszurichten gewesen.

Viele dieser unschuldigen Menschen haben ihr Leben verloren, weil sie sich getraut haben, sich gegen die etablierte, strukturelle Korruption innerhalb des iranischen Regimes auszusprechen. Staatliche Korruption im Iran hat nicht erst mit dem islamischen Regime angefangen, sondern sie hat sich mit der modernen Geschichte des Landes entwickelt. Es gibt kaum Narrationen über Sturz des Shah-Regimes, in denen wirtschaftliche Korruption als ein wichtiger Grund des Aufstands nicht erwähnt wird.

Es kann aber kein Zufall sein, dass fast alle riesengroßen Korruptionsfälle in dem Land nicht nur in der Zeit der schweren Sanktionen gegen den Iran zustandekommen, sondern auch direkt oder indirekt mit diesen Sanktionen zu tun haben. Die bekanntesten Menschen, die wegen Korruptionsverdacht im Gefängnis sitzen, waren eigentlich an dem illegalen Öl-Export beteiligt. Sie waren sogar das Instrument der damaligen Regierung, also Ahmadinedschad und seine Verwicklung ins Öl-Geschäft. Sie haben aber auch ihre staatlichen Partner betrogen und werden über kurz oder lang zur Todesstrafe verurteilt, ohne dass das Geld, das sie der iranischen Bevölkerung geklaut haben, irgendwann zurückfließt.

Sanktionen sind der beste Vorwand gegen Transparenz. Die Regierung dürfe die Ölexporte des Landes nicht öffentlich machen, denn sonst werde enthüllt, dass man überhaupt Öl verkaufe, heißt es in der Zeit der Wirtschaftsembargos. Wie dieses Öl exportiert wird und über welche Kanäle verkauft wird, darf die Öffentlichkeit sowieso nicht mitkriegen.

Während der von dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und der Europäischen Union gesteuerten Sanktionen zwischen 2006 und 2016 waren die Ressourcen der Regierung niedrig und es war nicht möglich, alle Verbrauchsgüter zu importieren. Die Lösung war, das Budget zu rationieren und nur die Grundwaren importieren zu lassen. Und das durften nur bestimmte, auserwählte Elite. Diese Elite hatte gute Kontakte in die Sicherheitskräfte oder in andere mächtige Teile des Regimes. Sonst wäre es fast unmöglich gewesen, eine Genehmigung zu bekommen. Und eben diese Leute, denen der Staat vertraut, sind korrupter als alle anderen.

Nur ein Beispiel: 2012 legte die damalige Gesundheitsministerin offen, die erste und bisher einzige Frau in dieser Position in der Geschichte der Islamischen Republik übrigens, dass die rationierten finanziellen Mittel, die für Medikamentenimport vorgesehen waren, für den Import von Reitsätteln ausgegeben wurden. Warum und wofür diese gebraucht waren, weiß keiner. In einem anderen Fall hatten regierungstreue Geschäftsleute mit dem Medikamentengeld luxuriöse Rennwagen importiert. Auch hier sind ohne Frage der korrupte Staat und dessen korrupte Anhänger verantwortlich. Doch die Grauzone, die sich durch wirtschaftliche Sanktionen bildet, ermöglicht diesen Leuten solche Geschäfte.

Zusammengefasst: Die strukturelle Korruption der iranischen Elite hat sich in der Zeit der Sanktion etabliert und vertieft. Und sie ist nicht mehr einfach umkehrbar. Selbst wenn irgendwann die Sanktionen eingestellt werden, kostet es viel Zeit, Mühe, Geld und Ressourcen, bis die Strukturen wieder repariert sind.

Darüber hinaus werden in dieser Zeit Vermögen einer Bevölkerung verschwendet und geraubt. Eine Bevölkerung, die bereits jetzt nicht reich ist und nur über beschränkte Ressourcen verfügt. Das ist die bittere Wahrheit, die der Vorstellung vieler Iraner und Iranerinnen widerspricht. Iran wäre das reichste Land der Welt, heißt es sowohl in Propaganda des Regimes als auch der Opposition.

Unter den härtesten Sanktionen der Geschichte, wie amerikanische Machthaber sie nennen, haben jüngere Iraner und Iranerinnen keinen Grund, in dem Land zu bleiben. Das unerbittliche Schicksal all ihrer Ideen, all der Projekte, die sie entwickeln wollen, ist die Niederlage. Sie dürfen sich mit der ganzen Welt nicht austauschen, sie dürfen die Möglichkeiten der freien Welt nicht nutzen, sie dürfen kein Geld überweisen und überwiesen bekommen. Wollen sie trotzdem irgendwas machen, sind sie dazu gezwungen, mit dem Staat zu kooperieren. Einige machen das auch. Sie lassen sich von dem Regime

instrumentalisieren. Sie entwickeln Konzepte, die sich im Endeffekt gegen das eigene Volk wenden, wie bei den letzten Protesten. Die Meisten machen aber etwas anders: sie verlassen das Land. So verliert ein Land seine Humanressourcen, und zwar vor allem die Qualifizierten. Die Besten. Man wandert ungern aus, in der Hoffnung, irgendwann zurückzukehren und das eigene Land wiederaufzubauen. Diese Zeit kommt für die meisten aber nie. Auch aus privaten Gründen: Selbst wenn das Land frei wird und die Sanktionen aufgehoben werden, haben diese Ausgewanderten ein neues Leben angefangen, viel erreicht und sind erfolgreich geworden. Viele Menschen haben nicht die Kapazität, ihr Leben zweimal von Null anzufangen.

Der Iran, in dem die Bildung sowieso nicht gut gestaltet ist, verliert unter anderem wegen Sanktionen seine klugen Köpfe, sein Humankapital, das sich nur schwer reproduzieren lässt.

Und dadurch werden Iraner und Iranerinnen ärmer. Nicht nur im wirtschaftlichen Sinne, sondern auch im Menschlichen.

Zwei Parolen waren in der jüngsten Protestwelle im Land mehr als die anderen zu hören: In der ersten forderten die Protestierenden den Staat auf, gegen Korruption zu kämpfen. Und in der zweiten ging es um die Außenpolitik: Weniger Geld für Palästina, für Bashar al-Asad, für den Irak und Libanon ausgeben und stattdessen sich ums eigene Volk zu kümmern. Die iranische Bevölkerung hat durch die Erfahrung eins gelernt: Wenn dem Staat das Geld fehlt, wird nicht die finanzielle Hilfe, die an ausländische Verbündete fließt, gestrichen, sondern der Staat wird versuchen, durch eine Benzinpreiserhöhung diesen Mangel auszugleichen. Also, durch mehr Druck auf die einfachen Menschen. Die Amerikaner schätzen das aber immer noch anders ein.